

## Hertlings Erklärung

Den Veröffentlichungen über die „vertraulichen“ Erklärungen des Reichskanzlers folgt nachträglich noch eine Mitteilung über die Ausführungen, die Graf Hertling in seiner ersten Rede — am Donnerstag — über Belgien machte. Ihr Geist entspricht durchaus den Erläuterungen, die am Freitag über denselben Gegenstand gegeben wurden. Die Veröffentlichung besagt:

„Was in Westen betrißt, meine Herren, so steht nach wie vor die belgische Frage im Vordergrund. Daß wir nicht daran denken, Belgien dauernd in Besitz zu nehmen, das ist von Anfang des Krieges an die Absicht gewesen. Der Krieg ist für uns, wie ich auch am 20. November gesagt habe, von Anfang an ein Verteidigungskrieg gewesen und kein Eroberungskrieg. Daß wir nach Belgien einmarschiert sind, war eine durch die Kriegsverhältnisse uns aufgezwungene Notwendigkeit. Ebenso war es eine durch den Krieg uns aufgezwungene Notwendigkeit, Belgien zu okkupieren. Daß wir in Belgien die Zivilverwaltung eingeführt haben, entspricht durchaus der Saager Landkriegsordnung. Dementsprechend haben wir dort also auf allen Gebieten die deutsche Verwaltung eingeführt, und ich glaube, daß es nicht zum Nachteil der belgischen Bevölkerung gewesen ist. Belgien ist in unserer Hand das Faustpfand für die künftigen Verhandlungen. Ein Faustpfand bedeutet die Sicherung gegen gewisse Gefahren, die man dadurch fernhält, daß man dieses Faustpfand in der Hand hat. Dieses Faustpfand gibt man also nur heraus, wenn diese Gefahren beseitigt sind. Das Faustpfand Belgien bedeutet also für uns: wir müssen uns in den Friedensverhandlungen dagegen sichern, daß, wie ich es schon früher ausgedrückt habe, Belgien nicht wieder das Vormarschgebiet für unsere Feinde wird; nicht nur im militärischen Sinne, meine Herren, sondern auch in wirtschaftlichem Sinne. Wir müssen uns dagegen sichern, daß wir nicht nach dem Kriege wirtschaftlich abgestürzt werden. Belgien ist durch seine Verhältnisse, durch seine Lage durch seine Entwicklung auch durchaus auf Deutschland angewiesen. Wenn wir in ein engeres Verhältnis mit Belgien auf wirtschaftlichem Gebiete treten, so ist das ganz und gar auch im Interesse von Belgien selbst. Wenn es gelingt, in wirtschaftlich enge Beziehungen mit Belgien zu gelangen, wenn es gelingt, daß wir uns mit Belgien auch über die politischen Fragen verständigen, die lebenswichtigen Interessen Deutschlands berühren, so haben wir die bestimmte Aussicht, daß wir darin die beste Sicherung gegen die künftigen Gefahren haben werden, die uns von Belgien aus, beziehungsweise über Belgien, von England und Frankreich aus drohen könnten. Auch hiermit ist der Staatssekretär von Kühlmann einverstanden gewesen.“

Die „Kreuzzeitung“, die bedauert, daß die beabsichtigte Vertraulichkeit nicht aufrecht erhalten wurde, ist der Meinung, daß wiederum aus Rücksichtnahme auf die Sozialdemokratie ein Zustand der Unklarheit und Vieldeutigkeit geschaffen sei, der unseren Friedensabsichten nicht nützlich sein könne. Diese Rücksichtnahme sei völlig überflüssig gewesen.

„Die Sozialdemokraten selbst waren gar nicht in der Lage, ihren Konfliktinstinkten noch weiteren Ausdruck zu geben, als es ohnedem geschehen ist; sie hätten bei der jetzigen Lage des Landes die Verantwortung nicht übernehmen können, den kriegführenden Truppen die Mittel zu versagen; in keiner der beiden mit ihnen sonst verbündeten bürgerlichen Parteien hätten sie für eine Politik der Konflikte Unterstützung gefunden. Erinnert man sich daran, daß der Reichstag am dem Jahrestage der Verabschiedung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg auseinandergegangen ist, so springt recht deutlich der Unterschied der Stimmung in die Augen, die im Reichstage und im Volke im Juli vorigen Jahres geherrscht hat und jetzt herrscht. Wir haben auf diesen grundlegenden Umschwung schon wiederholt hingewiesen, wollen auf die Gründe dieser Erscheinung im einzelnen hier nicht näher eingehen und nur erneut aussprechen: in erster Linie verdanken wir auch diesen Umschwung, wie alles Gute, den Taten unseres Schwertes.“

Im übrigen vertritt die Presse der Rechten den Standpunkt, daß nur der Besitz der flandrischen Küste eine wirksame Bürgschaft für unsere militärischen, politischen und wirtschaftlichen Belange geben könnte. Vielfach wird auch gefordert, daß dem flämischen Volkstum unter allen Umständen Schutz und Bestand gewährt werde. Demgegenüber fordert der „Vorwärts“ einen Abbau der bisher betriebenen Flamenpolitik.

„Das selbständige Belgien, von dem der Kanzler sprach, ist etwas ganz anderes, als das „selbständige Flandern“ und das „selbständige Wallonien“, es ist eben das Belgien, das vor dem Kriege bestand.“

Dieses Belgien, „das vor dem Kriege bestand“, würde ober in einer verwandelten Welt stehen! Ganz so einfach lassen sich diese Dinge denn noch nicht abtun...“